

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/02/2016

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 21.03.2016,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:43 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Frau Doris Brandt
Herr Christian Conring
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Jörg Hansen
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dustin Holzmann
Herr Tobias Koch
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Herr Hartmut Möller
Frau Marleen Möller
Herr Bela Randschau
Frau Claudia Rathje
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Matthias Stern
Frau Martina Strunk
Herr Michael Stukenberg
Frau Doris Unger
Herr Heino Wriggers

außer TOP 11 tlw.

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Yasmina Klix

Kinder- und Jugendbeirat bis
TOP 11

Herr Angelius Krause

Behindertenbeirat bis TOP 11

Herr Christof Schneider

Seniorenbeirat bis TOP 11

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Bürgermeister

Frau Andrea Becker

Frau Meike Niemann

Herr Thomas Reich

Herr Thorsten Jahncke

Herr Sven Runge

Veranstaltungstechnik

Frau Angela Haase

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi

Herr Rafael Haase

Frau Monja Löwer

Herr Jochen Proske

Herr Achim Reuber

Herr Christian Schmidt

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.01/2016 vom 22.02.2016
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 05/2016
 - 7.2.2. Bericht der Standesamtsaufsicht des Kreises über die Prüfung des Standesamtes der Stadt Ahrensburg
8. Neuwahl eines Mitgliedes des Behindertenbeirates **2016/012**
9. Erstellung des Klimaschutzkonzeptes **2015/166/1**
- Mittelbedarf für Leistungen zur Erstellung des Klimaschutzkonzeptes
10. Jahresabschluss 2013 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes **2016/015**
11. Grundstücksangelegenheit **2016/010/1**
Verkauf des Grundstücks „Alte Reitbahn“

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.02.2016 wurden folgende Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

1. Der „Arbeitsgemeinschaft Verein Heimat Ahrensburg e. V./Otto Wulff GmbH“ wird die für eine Wohnbebauung geplante städtische Fläche von insgesamt ca. 6.600 m² an der Kastanienallee bis zum 30.06.2017 für eine Projektentwicklung „an die Hand“ gegeben.
2. Die mit Kaufvertrag vom 20.03.2014 zwischen der Stadt Ahrensburg und der Projektgesellschaft Lindenhof GbR (PGL) vereinbarte Frist des beiderseitigen Rücktrittsrechts vom Vertrag wird um 6 Monate – bis zum 20.09.2016 – verlängert.

4. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Wilde teilt mit, dass am 31.05.2016 eine Einwohnerversammlung in der Reithalle des Marstalls, Lübecker Straße 8, mit Beginn 19:30 Uhr vorgesehen ist. Vorgestellt werden soll der Planungsstand der S-Bahnlinie S 4 Ost Hamburg – Bad Oldesloe.

Anfragen und Anregungen von Einwohnern werden nicht gestellt.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht Nr. 05/2016

Der Finanzbericht Nr. 05/2016 ist als **Anlage** beigelegt.

7.2.2. Bericht der Standesamtsaufsicht des Kreises über die Prüfung des Standesamtes der Stadt Ahrensburg

Bürgermeister Sarach berichtet, dass das Standesamt der Stadt Ahrensburg durch die Standesamtsaufsicht des Kreises für den Zeitraum Januar 2010 bis Dezember 2014 mit einem sehr guten Ergebnis geprüft worden ist.

8. Neuwahl eines Mitgliedes des Behindertenbeirates

Frau Rebecca Huster ist mit Schreiben vom 24.01.2016 aus persönlichen Gründen von ihrem Mandat im Behindertenbeirat zurückgetreten. Für die ausgeschiedene Frau Rebecca Huster wurde vom Verein für Lebenshilfe Ahrensburg als neues Mitglied Herr Jürgen Leng vorgeschlagen.

Herr Jürgen Leng stellt seinen Werdegang vor. Er freut sich darauf im Behindertenbeirat mitzuwirken und dazu beizutragen, dass Inklusion umgesetzt wird.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag und somit der Wahl des Herrn Jürgen Leng bis zum Ende der Wahlzeit am 31.05.2018 in den Behindertenbeirat der Stadt Ahrensburg zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9. Erstellung des Klimaschutzkonzeptes - Mittelbedarf für Leistungen zur Erstellung des Klimaschutzkonzeptes

Stadtverordnete und Vorsitzende des Umweltausschusses Frau Möller hält den Sachvortrag.

Stadtverordnete Rathje führt im Namen der CDU-Fraktion aus, dass im Dezember 2015 im Zuge der Haushaltsberatungen im Umweltausschuss von der Verwaltung mitgeteilt worden sei, dass die Verwaltung weitere 35.000 € für die Unterstützung durch einen Gutachter für die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes benötige. Im Ausschuss sei nicht dargestellt worden, wofür die Mittel genau benötigt werden. Die für den 13.01.2016 vorgelegte Vorlage lautete zusammengefasst unter Punkt 1 „Die Verwaltung hat in 2014 nach Freigabe durch die Politik ein Beratungsbüro für die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes beauftragt. Auftragsvolumen 73.960,29 €.“ Die Politik hatte 2014 80.000 € im Haushalt bereitgestellt. In 2015 mussten weitere 25.000 € bereitgestellt werden, ferner weitere 8.350 € genehmigte Mehraufwendungen durch den Bürgermeister. Damit seien 113.350 € bereitgestellt und bereits ausgegeben worden. Spätestens jetzt hätte eine verstärkte Prüfung durch die Verwaltung stattfinden müssen.

In der Vorlage aus dem Januar forderte die Verwaltung nochmals 19.000 €, wofür bereits Rechnungen im Hause eingegangen seien. Die Kosten seien somit von 74.000 € auf über 132.000 € angestiegen. Welche Aufträge hinter den von der Beratungsfirma gestellten Rechnungen standen, konnte nicht mitgeteilt werden. Eine derartige Kostenexplosion könne nicht durchgewunken werden. Es fehle eine detaillierte Erklärung über die Steigerung des Auftragsvolumens um ca. 80 %. In der Sitzung am 09.03.2016 erhielt der Umweltausschuss eine abschließende vom Rechnungsprüfungsamt überprüfte Aufstellung der Kosten, wonach noch 12.000 € benötigt werden, um die im Haus befindlichen Rechnungen zu begleichen. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag zustimmen, da durch die gute Arbeit des Gutachters auch entsprechende Zuschüsse erwirkt worden sind. Sollte sich dieser Vorgang nochmals wiederholen, wird es keine Zustimmung mehr seitens der CDU-Fraktion geben.

Stadtverordneter Stukenberg erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass der Gutachter gute Arbeit geleistet habe und er in dem Glauben gehandelt habe, dass er auch zu dieser Leistung legitimiert gewesen sei. Er moniert, dass die Auftragsvergabe derart überzogen wurde, ohne dass dies im Rathaus bemerkt worden sei. Gemäß § 95 d der Gemeindeordnung muss die Stadtverordnetenversammlung der überplanmäßigen Ausgabe zustimmen. In diesem Fall sollte die Verwaltung gemahnt werden, so ein Verfahren nicht mehr zu wiederholen.

Stadtverordneter Egan vertritt im Namen der WAB-Fraktion die Auffassung, dass die Verwaltung laut Vorlage die Verantwortung übernehme, dass die

Budgetkontrolle nicht ordnungsgemäß wahrgenommen worden sei. Die Mehrkosten verursacht habe jedoch nicht die Verwaltung, sondern die Politik mit einer Vielzahl von Sonderprüfaufträgen. Die Politik sollte sich darüber klar werden, welche Rolle die Berater in Entscheidungsprozessen haben. Berater würden zu „Gestaltern“ werden und wenn nicht aufgepasst werden würde, auch zu „Entscheidern“. Zu prüfen sei auch, ob die Berater immer dabei sein müssten. Er appelliert an die Politik, die Gutachter nicht mehr so häufig einzuladen.

Stadtverordneter Koch weist im Namen der CDU-Fraktion darauf hin, dass zumindest ein Signal der Verwaltung oder der Gutachter an die Selbstverwaltung erforderlich gewesen wäre, dass durch die Nachfragen ein Mehraufwand mit zusätzlichen Kosten entstehen würde. Verwaltungsintern sollte weiter geklärt werden, wie es dazu kommen konnte, dass die einzelnen Budgets überschritten worden seien.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/166/1 wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:

22 dafür

3 Enthaltungen

10. Jahresabschluss 2013 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Conring hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Stukenberg erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass das Ergebnis an sich sehr positiv sei. Zu bemängeln sei jedoch, dass zwischen der erstmaligen Planung und der Realität eine Differenz von ca. 8 Mio. € liege bzw. auf der Aufwandsseite ohne Steuereinnahmen eine Differenz von ca. 2 Mio. €. Für diese Mittel hätten auch Straßen unterhalten und Instandsetzungen angeschoben werden können. Es handele sich um eine verpasste Chance für die Gestaltung der Stadt. Er plädiert dafür, zukünftig die Haushalte zielgerichteter aufzustellen und Prioritäten zu setzen.

Stadtverordneter Möller vertritt im Namen der SPD-Fraktion die Auffassung, dass der Jahresabschluss 2013 nicht überraschend, sondern auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs 2015 vorhersehbar gewesen sei. Die geplanten Haushaltsansätze könnten im Haushaltsplan anhand der Darstellung der beiden Vorjahre auf deren Plausibilität geprüft werden. Da der Haushalt 2013 erst in 2013 beschlossen und Ende März 2013 genehmigt worden sei, seien Einsparungen auch dadurch bedingt, dass nicht alle Maßnahmen aufgrund der späten Genehmigung des Haushalts mehr durchgeführt werden konnten.

Stadtverordneter Conring verweist im Namen der CDU-Fraktion auf den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes, nach dem die Missstände in der Organisation der Finanzbuchhaltung noch nicht behoben seien. Es erfolgte eine Beauftragung zur Erstellung der Jahresabschlüsse ab 2009 bis 2014 durch externe Beratern in Höhe von ca. 300.000 €. Das Rechnungsprüfungsamt mahnt im Schlussbericht die Schaffung der Voraussetzungen an, dass die Jahresabschlüsse selbständig von der Verwaltung gefertigt werden. Außerdem sei eine Umsetzung des Organisationsgutachtens nicht erfolgt. Für dieses Organisationsgutachten seien Kosten in Höhe von ca. 100.000 € entstanden. In der Vergangenheit sei aufgrund des hohen Defizits der Zahlen zwischen Planung und Realität keine ordentliche Planung durch die Selbstverwaltung möglich gewesen. In den vergangenen Jahren sei zwar eine deutlich höhere Liquidität vorhanden, jedoch würden in diesem Jahr die Gewerbesteuern einbrechen, mit der Folge einer Kreditaufnahme erstmalig aufgrund mangelnder Liquidität. Er plädiert an die Verwaltung den Jahresabschluss 2015 zügig zu erstellen.

Anmerkung der Verwaltung

Bei PSK 11115.5431010 wurde im Haushalt 2014 40.000 € – statt 100.000 € – bereitgestellt und ausgegeben.

Stadtverordneter Stukenberg erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass bei den Haushaltsberatungen noch Spielräume im Rahmen der Haushaltsansätze vorhanden seien und deswegen die FDP-Fraktion den Antrag auf eine pauschale Kürzung gestellt habe, dem jedoch lediglich von der CDU-Fraktion zugestimmt worden sei.

Stadtverordneter Koch ist der Auffassung, dass auf Grundlage falscher Prognosewerte Entscheidungen getroffen worden seien. Auch sei das Angebot der Sparkassen-Stiftung, den Stadtforst (Forst Hagen) zu kaufen und den Verkaufserlös in die Schlossstiftung einzubringen, aufgrund der falschen Prognosewerte nicht verfolgt worden. Die Kommunalaufsicht habe erklärt aufgrund „der roten Prognosezahlen“, d.h. eines auch mittelfristig nicht ausgeglichenen Ergebnisplanes, der beabsichtigten Veräußerung nicht zustimmen zu können. In den Prognosewerten seien die vorläufigen Jahresabschlüsse nicht berücksichtigt worden.

Stadtverordneter Langbehn fordert im Namen von Bündnis 90/Die Grünen, eine Analyse über Gewinne und Verluste im Rahmen des Haushalts. Dies könne nur auf Basis eines guten Jahresabschlusses erfolgen. Er hofft, dass der Jahresabschluss 2015 voraussichtlich im Herbst dieses Jahres vorliegt.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass das Satzungsrecht bei den Stadtverordneten liege und die Verwaltung einen Vorschlag unterbreite. Fakt sei, dass in den vergangenen Jahren 5 Mio. € Schulden abgebaut und keine neuen Kredite aufgenommen worden seien. Wirtschaftsprüfer und Rechnungsprüfungsamt haben das Testat erteilt, dass die Jahresabschlüsse einwandfrei seien. An der Abarbeitung der formalen Fehler werde gearbeitet.

Er verweist ferner auf den Kreishaushalt. Dort werde die Verwaltung für einen verbesserten Jahresabschluss gelobt. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass andere Kommunen im Regelfall noch nicht den doppischen Jahresabschluss 2013 oder der Vorjahre vorlegen konnten, insbesondere wenn sie diese Abschlüsse ohne externe Unterstützung erarbeiten.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Schmick, Koch und Bürgermeister Sarach.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über Punkt 1 des Beschlussvorschlages der Vorlagen-Nr. 2016/015 wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zu Kenntnis.

